

Wessely, Kurt

Article — Digitized Version

Die österreichische Landwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wessely, Kurt (1954) : Die österreichische Landwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 7, pp. 393-399

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131923>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die österreichische Landwirtschaft

Dr. Kurt Wessely, Linz

Um die Stellung der österreichischen Landwirtschaft zu beurteilen, muß man sich vor Augen halten, daß der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung des Landes nurmehr rund 22% beträgt, an der Erwerbsbevölkerung allerdings rund 32% (unter Einschluß der Rentner 25,7%). Der Grund hierfür liegt in der hohen Zahl mithelfender Familienangehöriger, die mehr als die Hälfte der in der Landwirtschaft Tätigen stellen:

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Gesamte Wohnbevölkerung Österreichs | 6,93 Mill. |
| davon landwirtschaftliche Bevölkerung | 1,51 Mill. |
| Berufstätige insgesamt | 3,34 Mill. |
| davon in der Landwirtschaft | 1,08 Mill. |
| davon mithelfende Familienangehörige | 0,54 Mill. |

Noch im Jahre 1910 entsprach der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung beinahe ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung, während heute ein erheblicher Unterschied besteht:

| Jahr | Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung | Anteil der Landwirtschaft an der Erwerbsbevölkerung (einschl. Rentnern) |
|------|--|---|
| 1910 | 31,3 % | 33,7 % |
| 1934 | 27,2 % | 30,0 % |
| 1951 | 21,9 % | 25,7 % |

Quelle: Österreichs Bevölkerung in Bild und Zahl, Wien 1953.

In diesen Jahren haben natürlich auch andere Bevölkerungsumschichtungen stattgefunden (Ansteigen der Zahl der Rentner, Rückgang bei den häuslichen Diensten), und die Landflucht bildet nur noch ein Teilproblem der geschilderten Umschichtungen. Genauer gesehen bedeutet die Landflucht viel weniger eine Aufgabe der Beschäftigung in der Landwirtschaft, sondern ist vielmehr eine Folge des Rückgangs der Kinderzahl der in der Landwirtschaft Tätigen. Eine weitere Folge davon ist aber, daß der Zuzug in die Städte stagniert, womit ein ernstes demographisches Problem für Österreich angedeutet wird, das allerdings vorübergehend durch die Aufnahme der zunächst meist in der Landwirtschaft tätigen Heimatvertriebenen an Schärfe verlor. Aber auch auf dem Lande selbst ist eine deutliche Umschichtung bemerkbar: die Zahl der ständig in der Landwirtschaft Beschäftigten ist zurückgegangen, dafür ist die Anzahl der unständig Beschäftigten fast im gleichen Verhältnis gestiegen, so daß im Endergebnis die Gesamtzahl der landwirtschaftlich Tätigen sich kaum vermindert hat. Interessanterweise ist diese Entwicklung sowohl bei den Familienangehörigen als auch bei den familienfremden Arbeitskräften zu beobachten. Das beweist, daß das in der Landwirtschaft zur Verfügung stehende Arbeitskraftpotential nicht geringer geworden ist; die Arbeitskräfte sind nur zum Teil nicht mehr ganzjährig verfügbar, sondern die Landwirtschaft ist für sie ein Nebenberuf geworden. Aber sie leben offenbar auch weiterhin auf dem Lande, vermutlich vielfach in gewerblichen Berufszweigen, die noch in Verbindung zur Landwirtschaft stehen. So-

Beschäftigte in der Landwirtschaft

| Kategorie | 1939 | 1951 |
|--|-----------|-----------|
| Selbständige | 431 284 | 433 285 |
| Ständige familieneigene Arbeitskräfte | 758 618 | 671 156 |
| Nichtständige familieneigene Arbeitskräfte | 71 723 | 177 227 |
| | 1 261 625 | 1 281 668 |
| Ständige familienfremde Arbeitskräfte | 283 319 | 181 656 |
| Nichtständige familienfremde Arbeitskräfte | 98 548 | 160 682 |
| | 381 867 | 342 338 |
| Zusammen | 1 643 492 | 1 624 006 |

Quelle: Statistische Nachrichten 1953/1.

mit dürfte die Landflucht keineswegs so bedrohlich sein, wie sie oft geschildert wird, wenn sie auch in manchen Fällen (gerade bei Bergbauern) ein ernstes Problem sein mag. Man darf auch nicht vergessen, daß das Landarbeitergesetz eine weitgehende Gleichstellung mit den industriellen Arbeitskräften herbeiführte (namentlich auf den Gutshöfen mit der vorgeschriebenen achtstündigen Arbeitszeit) und daß mit Hilfe öffentlicher und ERP-Mittel seit 1947 etwa 36 000 Landarbeiterwohnungen erbaut wurden.

POLITISCHE VERHÄLTNISSE

Wenn keine starke und schlagkräftige Organisation besteht, entscheidet im politischen Leben aber nicht die Zahl der Berufstätigen, sondern die Zahl der Wähler. Infolge der hohen Zahl der mithelfenden Familienangehörigen, von denen 10% unter 14 Jahre alt sind — nur ein Fünftel der in der Landwirtschaft Beschäftigten sind unselbständige Familienfremde (228 000) — ist eine Organisation der Landwirtschaft gegenüber anderen Berufsverbänden benachteiligt. Hinzu kommt, daß der Schwerpunkt des politischen Lebens Österreichs in der Großstadt Wien liegt, in der die landwirtschaftliche Bevölkerung nur 2% ausmacht, während sie in den Bundesländern bis auf 47% steigt (im Burgenland stellt die Landwirtschaft sogar 63% der Erwerbstätigen). Diese unterschiedliche Verteilung der landwirtschaftlichen Bevölkerung trägt nicht zuletzt zu den Spannungen bei, die zwischen Wien und den Bundesländern bestehen und die durch den bundesstaatlichen Aufbau des Staates kaum überdeckt werden können. Außerdem tritt die Landwirtschaft als teilweiser Selbstversorger nur beschränkt auf dem Markt in Erscheinung (1946 zählte man 1,2 Mill. Selbst- und 0,7 Mill. Teilselbstversorger), wodurch ihr Gewicht in der Wirtschaft natürlich um so mehr zurücktreten muß, als der Produktionswert der Industrie weitaus höher liegt (Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt 10,3 Mrd. S, von Industrie und Gewerbe 35,4 Mrd. S).

Dennoch kann man die Landwirtschaft nicht völlig als Abnehmer industrieller Erzeugnisse vernachlässigen. Man spricht von einem Bedarf von 2 Mrd. S jährlich für Maschinenbeschaffung und -erhaltung sowie für Bauarbeiten. In begrenztem Umfang gelingt es ihr auch, Preiswünsche durchzusetzen, namentlich bei Vieh und Holz, bei denen eine freie Preisbildung erfolgt;

sie hat eine eigene, wenn auch nicht vollkommene Marktordnung aufgebaut, und endlich hat sie sich im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen ¹⁾ ein Instrument geschaffen, das erfolgreich in allen Wirtschaftszweigen arbeitet und dem Handel schwere Konkurrenz bereitet.

Die vielleicht wichtigste Stütze findet indes die Landwirtschaft in den politischen Verhältnissen. Seit Bestehen der Republik Österreich waren ihre Vertreter stets in der Regierung vertreten. Dabei gibt es keine eigentliche Agrarpartei (außer dem freiheitlichen, in der Zweiten Republik nicht mehr auftretenden Landbund, der aber nur eine Minderheit vertritt), sondern nur den Bauernbund, der einer der drei „Bünde“ ist, aus denen sich die Mehrheitspartei (Österreichische Volkspartei) zusammensetzt. Angesichts der Schwäche des Arbeiterbundes und des zwar wirtschaftlich führenden, aber doch in den Städten von der sozialistischen Mehrheit in die Defensive gedrängten Wirtschaftsbundes sind die Bauern die erste Stütze der ÖVP, um so mehr als durch ihre positive Einstellung zur Kirche ein Abwandern in andere Parteien unwahrscheinlich ist. (Der scheinbare Einbruch der SPO in das Dorf hat nicht die Bauern erschüttert, sondern ist die Folge des demographischen Rückgangs der Bauernschaft und des wenig erfolgreichen Bemühens einer „Dritten Partei“, den alten Landbund zu sammeln und zu stärken.) Obwohl die ÖVP selbst nur über eine geringe parlamentarische Mehrheit verfügt, kommt daher in ihr und durch sie ein Übergewicht der agrarischen Vertreter zum Ausdruck.

So kommt es, daß die Landwirtschaft politisch weitaus stärker in Erscheinung tritt, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde. Da aber eine Koalitionsregierung besteht, deren andere Partei (SPO) sich als Konsumentenvertreter fühlt, ist ein einheitlicher Wirtschaftskurs erschwert. Die beiderseitigen Wünsche nach hohen Übernahme- und niedrigen Abgabepreisen werden durch ein System von Preisausgleich und Subventionen nur zu Lasten des Steuerzahlers (also letztlich wieder des Konsumenten) erreicht. Andererseits vertragen sich Lenkungsbestrebungen der Landwirtschaft recht gut mit den planwirtschaftlichen Tendenzen der Sozialisten (wenn letztere auch öffentlich gegen das Landwirtschaftsministerium losziehen), und es finden Absprachen zwischen den Konsumvereinsorganisationen und der agrarischen WöV statt.

Erst seit der Ablösung des Kanzlers Figl (Bauernbund) durch den Wirtschaftsbandangehörigen Raab ist die politische Vorherrschaft der Agrarier zurückgedrängt worden. Bestrebungen, auch wirtschaftlich einen freieren Kurs einzuschlagen, haben sich bis jetzt noch nicht durchsetzen können. Es wurden vielmehr am 30.

¹⁾ Dem „Allgemeinen Verband für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen“ gehörten am 31. 12. 53 4601 Einzelgenossenschaften und 69 Verbände an, darunter 1755 Raiffeisenkassen und 199 Lagerhausgenossenschaften. Erstere haben ihre Spitze in der Genossenschaftlichen Zentralbank AG, letztere in der Warenzentrale österreichischer Verbände (WöV). Die Spar- und Scheckeinlagen bei den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften betragen im April 1954 1,45 Mrd. S, die gewährten Kredite beliefen sich auf 1,27 Mrd. S. Auf Grund noch geltender reichsrechtlicher Bestimmungen genießen sie einen Zinsvorteil gegenüber den Sparkassen von $\frac{1}{4}\%$ bei den Habenzinsen, wogegen sich die Sparkassen heute energisch zur Wehr setzen.

Juni die ablaufenden Wirtschaftsgesetze wieder erneuert und damit die bisherigen Lenkungsformen beibehalten. Verhindert (oder vertagt) wurde lediglich ein umfassendes Landwirtschaftsgesetz nach schweizerischem oder schwedischem Vorbild, durch das die Herauslösung der Landwirtschaft aus der Marktwirtschaft augenfällig dokumentiert worden wäre. Auch die Gegner der agrarischen Lenkungsmaßnahmen würden allerdings kaum eine völlig freie Marktwirtschaft für die Landwirtschaft fordern. Andererseits dürfte eine organische Regelung zweckmäßiger sein als eine Fülle von Einzelbestimmungen und Gesetzen. Auch liegt die Reichsnährstandszeit noch nicht so weit zurück, daß man nicht immer wieder in den Vorschlägen Anlehnungen an sie findet, wenn das auch nicht offen zugegeben wird.

Aus begreiflichen Gründen hat in der Öffentlichkeit die Ersetzung Figls durch Raab großen Eindruck gemacht. Weit mehr verspürte indes die Landwirtschaft den Wechsel im zuständigen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Denn mit der Ablösung des Niederösterreichers Kraus durch den Steirer Thoma (der überdies ehemaliger Landbündler ist) hat Niederösterreich seine traditionelle Führerstellung unter den österreichischen Agrariern verloren, wodurch dem neuen Minister das Regieren nicht gerade erleichtert wurde. Es ist damit nämlich ein „Hörndlbauer“ anstelle des „Körndlbauer“ ins Ministerium eingezogen, was sich sehr rasch in Maßnahmen zugunsten der Bergbauern und der Viehpreise äußerte.

REGIONALSTRUKTUR

Denn so wie die Landschaften Österreichs grundverschieden sind, so bestehen erhebliche Unterschiede in der bäuerlichen Wirtschaftsform. Im Osten finden wir großbäuerliche Betriebe mit vorwiegendem Getreide-, Zuckerrüben- und Weinbau, im Westen und im Gebirge dagegen den Viehzüchter, der sein Vieh exportieren muß oder es im Flachland zur Mast einstellt, der, während er selbst nur bescheiden sein Korn baut, von Kartoffeln lebt oder überhaupt zukaufen muß. Der Milchpreis ist für ihn als laufende Bargeldquelle entscheidend, doch kann der Holzverkauf bei günstigen Preisen alle anderen Einnahmen übertreffen. Im Flachland wiederum ist Niederösterreich dadurch begünstigt, daß es noch vom pannonischen Klima profitiert, so daß der Weizen gut ausreifen kann, während man bereits in Oberösterreich nurmehr einen ungenügenden Klebergehalt erzielt und der Mähdrusch bei noch feuchtem Getreide einsetzt (deshalb müssen zusätzlich Trocknungsanlagen gebaut werden). In höheren Lagen ist der Roggenanbau teurer als der Weizenanbau, obwohl für beide gegenwärtig ein einheitlicher Übernahme- und Verkaufspreis von 2,40 S/kg im Jahresdurchschnitt besteht. Diese Anomalie ist natürlich das schwerste Hindernis für eine freizügige Gestaltung des Getreideabsatzes und verwischt alle Produktions- und Rentabilitätsgrenzen.

Von der mit 8,3 Mill. ha vermessenen Gesamtfläche Österreichs beträgt die Gesamtbetriebsfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 7,7 Mill. ha (92,1%). Davon sind allerdings nur 6,9 Mill. ha wirtschaftlich

ROMANOEXPORT

Staatsunternehmen für den Außenhandel der Rumänischen Volksrepublik

BUCURESTI · PIATA ROSETTI 4

Drahtanschrift: ROMANOEXPORT · Telefon: 5 11 85—4 35 96

Export von:

Baumaterialien, Portlandzement, Gips, Marmor, Travertin, feuerfesten Ziegeln, Tafelglas und Glaswaren aller Art, Ledererzeugnissen, Fellen (Halbpersianer u. a.), Block- und Tafelsalz, Textilien, Petroleum-Kochlampen, Sturmlaternen, Handstickereien (Volkstrachtenblusen), Tischdecken, Läufern, handgewebten Teppichen, Kunstkeramik, handgetriebenen Silberwaren, Tafelbestecken, Mineralwässern.

Import von:

Rohbaumwolle, Wolle und Abfällen, Hadern, Jute, Sisal, Reyon, Textilgarnen, Rohhäuten (getrocknet und gesalzen), Gerbstoffen.

genutzt, so daß 9,8 % der Betriebsfläche als unproduktiv ausgeschieden werden müssen, die vor allem im Hochgebirge liegen. In Tirol umfaßt die unproduktive Fläche sogar 24 % der Betriebsfläche. Von der somit verbleibenden Gesamtnutzfläche werden 57,4 % landwirtschaftlich genutzt, während 42,6 % der Forstwirtschaft dienen; die Waldfläche beträgt rund 3 Mill. ha, womit Österreich eines der wenigen mitteleuropäischen Länder mit echten Holzexportmöglichkeiten ist. ²⁾

Eine weitere Eigentümlichkeit, die ebenfalls stark durch die alpinen Verhältnisse bedingt ist, liegt darin, daß auf das eigentliche Ackerland nur 1,6 Mill. ha entfallen (21 % der Betriebsfläche bzw. 40,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche), die Wiesen aber 1 Mill. ha, die Hutweiden 0,3 Mill. ha und das alpine Grünland 0,9 Mill. ha, zusammen also 57,9 % umfassen, so daß in weiten Teilen des Landes die Vieh- und Milchwirtschaft dominiert. Tatsächlich entfallen 42,6 % der Anbaufläche von Weizen, 46,2 % von Roggen und 54,2 % von Hafer auf Niederösterreich, der Rest vornehmlich auf Oberösterreich und das Burgenland. Somit ergibt sich klar eine regionale Scheidung der österreichischen Landwirtschaft in Viehzüchter und Getreidebauern; allerdings findet das landschaftlich bevorzugte, aber unproduktive Gebirgsland einen Ausgleich im Fremdenverkehr.

Bodennutzung und Kulturarten

(in 1000 ha)

| Gebiet | Gesamtbetriebsfläche | Nutzfläche | | | Unproduktiv |
|------------------|----------------------|----------------|-----------------|------------------|-------------|
| | | Landwirtschaft | Forstwirtschaft | davon: Ackerland | |
| Wien | 85 | 57 | 24 | 44 | 4 |
| Niederösterreich | 1 634 | 1 003 | 584 | 694 | 47 |
| Burgenland | 293 | 213 | 67 | 150 | 13 |
| Oberösterreich | 1 132 | 658 | 396 | 313 | 78 |
| Salzburg | 660 | 336 | 219 | 52 | 105 |
| Steiermark | 1 556 | 656 | 784 | 217 | 116 |
| Kärnten | 912 | 428 | 413 | 104 | 71 |
| Tirol | 1 215 | 514 | 412 | 44 | 289 |
| Vorarlberg | 239 | 138 | 67 | 2 | 34 |
| Österreich | 7 726 | 4 003 | 2 966 | 1 621 | 757 |

Quelle: Betriebszählung 1951.

²⁾ Im Jahre 1953 erreichte der Holzeinschlag mit 9,8 Mill. Erntefestmetern (Holz ohne Rinde) eine Rekordhöhe, was zweifellos nur durch ein Zehren von der Holzsubstanz, also durch forstwirtschaftlichen Raubbau möglich war. Der Vorkriegsdurchschnitt hatte nur 8,8 Mill. fm betragen. Der Schnittholzexport betrug 1953 2,9 Mill. cbm, 1937 dagegen nur 1,6 Mill. cbm (hinzu kommen Papierexport und Zellwollausfuhr im Werte von rund 500 Mill. S, so daß direkter und indirekter Holzexport zusammen mindestens 3 Mrd. S erbrachten).

BETRIEBSGROSSEN

Zahlenmäßig überwiegt zwerg- und kleinbäuerlicher Besitz, auf den 48 % aller Betriebe entfallen, gegenüber nur 15 % auf großbäuerliche und Großbetriebe. Aber die beiden ersten Gruppen besitzen nur 6 % der Bodenfläche, die Großbetriebe, die nur 1 % der Betriebe stellen, verfügen über 46 % der Fläche. Allerdings entfallen auf diese Großbetriebe 61 % der Waldfläche und 86 % der unproduktiven Fläche. Sie sind zudem vielfach im Besitze der öffentlichen Hand (Bundesforsten) und sind außerdem mit Servitutenrechten belastet, durch die der walddarme Kleinbesitz leistungs- und kostenlos zu seiner Holznutzung kommt. Andererseits sind die Zwergbesitze vielfach Gärtnereien oder Weingüter, die eine intensive Nutzung auf kleiner Fläche zulassen, so daß sie für die Beurteilung der Betriebsgrößen ebenso wegfallen wie Siedlungsgrundstücke, die dann in der Statistik erscheinen, wenn sie größer sind als 1/2 ha. So sind im Bundesdurchschnitt

Betriebsstruktur

| Größenklasse | Betriebe | | Gesamtbetriebsfläche | | land- forstwirtschaftliche Fläche in % | |
|---------------------|----------|----|----------------------|------|--|------|
| | Anzahl | % | ha | % | | |
| unter 2 ha | 105 213 | 24 | 120 543 | 1,6 | 2,6 | 0,3 |
| 2 bis unter 5 ha | 102 687 | 24 | 340 672 | 4,4 | 7,0 | 1,7 |
| 5 bis unter 20 ha | 158 421 | 37 | 1 685 854 | 21,8 | 31,7 | 12,8 |
| 20 bis unter 100 ha | 60 249 | 14 | 2 056 655 | 26,6 | 32,8 | 23,5 |
| 100 ha und darüber | 6 278 | 1 | 3 522 504 | 45,6 | 25,9 | 61,7 |

Quelle: Betriebszählung 1951.

24 % Zwergbesitz, in Wien aber 59 %, in Niederösterreich 28 % und im Burgenland 32 %. In Oberösterreich ist der großbäuerliche Besitz (ohne Forstbetriebe) stark vertreten (39,5 % der Betriebsfläche), und die 26,9 % Betriebsfläche, die in Niederösterreich auf den Großgrundbesitz entfallen, sind vorwiegend landwirtschaftlich genutzt. 38 % der verpachteten Ländereien entfallen auf Niederösterreich, auf das Burgenland nur 10 %. ³⁾

Somit sind nur 361 765 ha Pachtfläche (4,7 % der Gesamtbetriebsfläche), wovon 20 % auf Wien, 12 % auf das Burgenland und 8 % auf Niederösterreich entfallen. Außer in diesen Sonderfällen spielt der Großgrund-

³⁾ Der Grund dürfte darin liegen, daß hier der Großgrundbesitz meist von den Sowjets beschlagnahmt ist und daher von der Statistik nicht erfaßt wird. Er wurde von ihnen an Kleinpächter weitergegeben mit dem Ziel, eine „kalte“ Bodenreform herbeizuführen — übrigens auch in einigen Betrieben Niederösterreichs — worin manche eine Vorstufe zu einer geplanten Kolchosbildung erblicken wollen, ohne daß sich aber echte Kolchosen wirklich nachweisen lassen.

besitz keine bedeutende Rolle, obwohl in Österreich (abgesehen von einem Wiederbesiedlungsgesetz für „gelegte“ Bauernhöfe, das nach dem ersten Weltkrieg entstand) keine echte Bodenreform durchgeführt wurde. Von weiteren Reformplänen wird auch wenig gesprochen. Der sozialistische, gegenwärtig aber nicht aktuelle Vorschlag will jedenfalls den Großwaldbesitz erhalten und den selbstbewirtschafteten bäuerlichen Besitz nur mäßig beschränken. Immerhin genügen derlei Tendenzen im Verein mit den bestehenden Pächterschutzbestimmungen, die Verpachtung landwirtschaftlichen Grundbesitzes zu erschweren, da seine Entfremdung von den Bauern befürchtet wird; das wirkte sich übrigens sehr nachteilig auf die Ansiedlung der Heimatvertriebenen aus, von denen die Ungarn- und Deutschen (Schwaben) früher vorwiegend in der Landwirtschaft tätig waren⁴⁾ und auch zur Siedlung in Österreich bereit waren. Sie haben aber in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch ihren Einsatz in der Landwirtschaft als unselbständige Fachkräfte viel dazu beigetragen, daß die Landwirtschaft nach einem katastrophalen Produktionsverfall in der ersten Nachkriegszeit ihren jetzt bereits sehr beachtlichen Produktionsstand erreichen konnte. Daneben waren allerdings auch die bessere Versorgung mit Handelsdünger, die Mechanisierung und Aufklärung, die bereits nach dem „Anschluß“ einsetzten, maßgebend.

PRODUKTIONSENTWICKLUNG

Die Ernteergebnisse des Jahres 1953 waren allerdings überdurchschnittlich, so daß in Normaljahren mit gewissen Abstrichen gerechnet werden muß. Welche Reserven aber noch in der österreichischen Landwirtschaft stecken, ergibt sich aus der noch keineswegs abgeschlossenen Mechanisierung (die gleichzeitig weitere, bisher für die Pferdehaltung benötigte Futterflächen freimachen wird), dem möglichen Flächenzuwachs durch Meliorationen (man spricht von dem dadurch zu gewinnenden „Zehnten Bundesland“ mit 500 000 ha Fläche) und endlich aus dem noch steigerungsfähigen Düngerverbrauch (der bisher erst $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ des deutschen Verbrauchs erreicht hat).

Anbauflächen und Ernten

| Fruchtart | | 1934/38 | 1950 | 1951 | 1952 | 1953 |
|--|----|---------|-------|-------|-------|-------|
| Weizen | a) | 416 | 383 | 342 | 401 | 502 |
| | b) | 250 | 217 | 188 | 202 | 216 |
| | c) | 16,7 | 17,6 | 18,2 | 19,8 | 23,2 |
| Roggen | a) | 538 | 387 | 334 | 339 | 417 |
| | b) | 367 | 249 | 209 | 213 | 219 |
| | c) | 14,7 | 15,5 | 16,0 | 15,9 | 19,0 |
| Gerste | a) | 286 | 229 | 245 | 251 | 327 |
| | b) | 163 | 208 | 138 | 138 | 149 |
| | c) | 17,6 | 17,2 | 17,7 | 18,1 | 21,9 |
| Kartoffeln | a) | 2 577 | 2 547 | 2 159 | 2 567 | 3 280 |
| | b) | 206 | 183 | 167 | 170 | 178 |
| | c) | 143,5 | 144,5 | 131,9 | 154,4 | 188,8 |
| Zuckerrüben | a) | 1 088 | 821 | 1 062 | 853 | 1 013 |
| | b) | 43 | 29 | 38 | 40 | 36 |
| | c) | 258,1 | 281,0 | 275,0 | 211,0 | 277,0 |
| Reinnährstoffverbrauch (in kg/ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) | | 12,6 | 25,0 | 30,4 | 36,8 | 26,8 |

a) Ernten (1000 t); b) Anbaufläche (1000 ha); c) Ertrag (dz/ha).
Quelle: Bericht der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs für 1953, Mitteilungen des Instituts für Wirtschaftsforschung 1952/9, 1953/8.

⁴⁾ 1947 wurden noch 52 960 Volksdeutsche als ständige landwirtschaftliche Arbeitskräfte (namentlich in Oberösterreich) und 8 645 unständig Beschäftigte gezählt. 1951 hatte sich ihre Zahl durch Auswanderung, Übergang zu anderen Berufen (meist den gelehrten Berufen) und endlich durch Erlangung der Staatsbürgerschaft auf 13 315 bzw. 2 722 vermindert.

Die Steigerung des Düngerverbrauchs ist einerseits der Errichtung der Stickstoffwerke in Linz (die noch in diesem Jahr auch eine Superphosphatanlage errichten wollen) und dem verhältnismäßig niedrigen Stickstoffdüngerspreis (294 % des Vorkriegspreises gegenüber einem Preisindex von 707 % bei pflanzlichen Erzeugnissen) zuzuschreiben, andererseits den Subventionen für ausländische Düngemittel (84 Mill. S im Jahre 1953). Eine vorübergehende Senkung dieser Subventionsbeträge hatte zu einer Verminderung des Düngerverbrauchs im vergangenen Jahr geführt. Angesichts der produktionsfördernden Wirkung erscheint die Subventionierung zweckmäßiger als die Devisen-hingabe für sonst einzuführendes Auslandsgetreide oder eine Erhöhung des Getreideablieferungspreises. Weniger günstig hat sich in den letzten Jahren der Viehbestand entwickelt, und die Vorkriegsbestände konnten noch nicht wieder erreicht werden. Paradoxerweise machen davon nur die Pferde eine Ausnahme, die trotz der inzwischen angeschafften Traktoren eine Zunahme um 5 % seit 1938 zeigen; diese Tatsache läßt sich auch durch den Rückgang im Ochsenbestand nicht erklären, und es ist zu befürchten, daß der Einsatz der Traktoren nicht immer zweckmäßig erfolgt ist.

Viehbestand

(nach der Viehzählung vom 3. 12. 53)

| Viehart | 1938 | 1953 | Veränderung 1953/1938 (in %) |
|----------|-----------|-----------|---------------------------------|
| Pferde | 246 555 | 258 983 | + 5,0 |
| Rinder | 2 578 804 | 2 299 838 | -10,8 |
| Schweine | 2 868 148 | 2 642 653 | - 7,9 |
| Hühner | 9 046 143 | 8 218 099 | - 9,2 |

Quelle: Statistische Nachrichten 1954/1.

In der Milchwirtschaft ist es vor allem gelungen, die Milchleistung je Kuh erheblich zu erhöhen (zwischen 1950 und 1953 von 5,2 kg auf 5,8 kg Tagesleistung). Nachdem die Gesamterzeugung 2,4 Mill. t erreicht hat (die Vorkriegserzeugung betrug 25 Mill. hl), zeigt sich bereits eine Überproduktion. Angesichts des verhältnismäßig niedrigen Milch- und Butterverbrauchs in Österreich mußte man daher, wie in der Vorkriegszeit, zu Butterexporten schreiten, die aber nur unter dem Inlandspreis möglich sind.

Die zentrale Lenkung der Milchwirtschaft durch den Milchausgleichsfonds, der auch hoheitliche Funktionen ausübt, ermöglicht es, diesen Export unter Aufrechterhaltung des Inlandspreinsniveaus durchzuführen; überdies gilt im ganzen Bundesgebiet ein einheitlicher Übernahmepreis für die Milch von 1,40 S je Liter (mit Stützung 1,60 S) ohne Berücksichtigung der Marktnähe (d. h. Entfernung von Wien) und der Verkehrsverhältnisse. Der Verkauf ab Hof ist strikt verboten, da man dadurch eine Differenzierung des Milchpreises befürchtet, obwohl der Konsument dabei natürlich billiger fahren würde als beim Molkereibezug. Der Endverkaufspreis beträgt 2,12 S/Liter mit 3,5 % Fettgehalt. Die Exportstützung für den Butterverkauf (6—7 S/kg), der, soweit es der Widerstand der deutschen Landwirtschaft zuläßt, vorwiegend in die Bundesrepublik geht (1953 150 t, dazu 60 t nach Italien), erfolgt in der Weise, daß 3 gr je Liter aus der Gesamtsubvention von 20 gr (die ursprünglich aus amerikanischen Produktivitätsförderungsmaßnahmen stammte und

heute etwa 260 Mill. S erfordern dürfte) nicht dem Produzenten ausgezahlt, sondern vom Milchausgleichsfonds einbehalten werden. In Anbetracht der Überproduktion ist man bemüht, durch Werbemaßnahmen den Milchabsatz zu steigern; man wird aber nicht umhin können, künftig mehr Wert auf Qualitätssteigerung zu legen. Das geschieht zwar bereits durch die Bekämpfung der Rindertuberkulose, bisher konnte aber nur bei ganz wenigen Molkereien das Einzugsgebiet Tbc-frei gemacht werden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Fleischverbrauch, der stark zurückgegangen ist, so daß Österreich, das früher Einfuhrland war, nun Vieh exportieren konnte. Dieser Minderverbrauch dürfte weniger die Folge eines gesenkten Lebensstandards als vielmehr einer nachhaltigen Änderung in den Verbrauchsgewohnheiten sein, wie nachstehende Erhebung über den durchschnittlichen Jahresverbrauch eines erwachsenen Mannes in Wiener Arbeiterhaushaltungen zeigt.

Jährlicher Nahrungsverbrauch eines Wiener Arbeiters
(in kg)

| Nahrungsmittel | 1935 | 1952 |
|---------------------|-------|-------|
| Getreideerzeugnisse | 142,0 | 135,0 |
| Fette aller Art | 24,4 | 18,5 |
| Fleisch und Wurst | 48,3 | 38,6 |
| Milch (Liter) | 152,0 | 163,0 |
| Kartoffeln | 55,5 | 64,7 |
| Bier (Liter) | 7,6 | 9,6 |

Quelle: Jahrbuch der Arbeiterkammer Wien 1952.

Die Verbrauchsumschichtung wurde dadurch unterstützt, daß vor dem Kriege die Viehlieferungen (ähnlich auch das Getreide) aus den Oststaaten kamen, die heute nur noch wenig leistungsfähig sind. Österreich mußte sich vor dem Kriege handelsvertraglich zur Übernahme von Vieh verpflichtet, ein Zwang, der heute weggefallen ist. Er galt vor allem für die Einfuhr von Fettschweinen, die gegenwärtig überhaupt nicht mehr importiert werden; einerseits ist fettes Schweinefleisch heute wenig gefragt, andererseits ist es zweckmäßiger, Fett einzuführen (was bisher auch in Form von ERP-Lieferungen geschah). Ebenso ist es wirtschaftlicher, Futtermittel zu importieren und Schlachtvieh im eigenen Lande aufzufüttern. Dabei wird es

allerdings stark von der jeweiligen Preissituation abhängen, welcher Wirtschaftsform jeweils der Vorzug gegeben wird.

So kommt es, daß Österreich 1937 noch 90 000 t lebendes Vieh einfuhrte, davon 10 000 Schlachtrinder und 460 000 Schweine (40 % des Wiener Schweinebedarfs), 1953 aber nurmehr 600 t lebende Tiere und 2 000 t Fleisch und Fleischwaren. Ausgeführt wurden aber rund 13 000 t Vieh (darunter viel Nutz- und Zuchtvieh) gegenüber 10 000 t im Jahre 1937. Gerade die Zucht- und Nutztviehausfuhr ist eine Stütze der bergbäuerlichen Betriebe.

Die Verschiebung der österreichischen Viehwirtschaft ergibt sich aus folgender Zusammenstellung der wichtigsten Positionen:

Außenhandel mit tierischen Produkten
(in Stück)

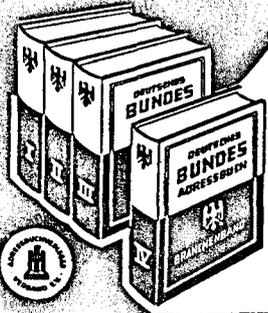
| Position | 1953 | | Saldo | Saldo 1937 |
|------------------------------|---------|---------|---------|------------|
| | Ausfuhr | Einfuhr | | |
| Schlachtrinder | 15 412 | 509 | +14 903 | - 10 185 |
| Zuchtstiere | 1 029 | 66 | + 963 | + 176 |
| Zucht- und Nutzkühe | 5 073 | — | + 5 073 | + 5 366 |
| Fleischschweine | — | 1 753 | - 1 753 | - 99 527 |
| Fettschweine | — | — | — | -359 826 |
| Schlachtpferde | — | 221 | - 221 | - 25 400 |
| Geflügel, lebend | 1 010 | 13 034 | -12 024 | -951 623 |
| Schweinefleisch (t) | 945 | 50 | + 895 | - 2 492 |
| Schweinefett und Schmalz (t) | — | 13 526 | -13 526 | - 698 |
| Schweinespeck (t) | — | 1 472 | - 1 472 | — |

Quelle: Informationsdienst der Landwirtschaftskammer Graz 1954/3.

Nicht ganz so erfolgreich waren die Bemühungen um eine Verminderung der Getreideeinfuhr, die 1937 856 000 t betragen hatte und 1953 immer noch 590 000 t erreichte (davon 180 000 t ERP-Einfuhren), obwohl der höhere Getreidepreis der letzten Jahre zu einer wesentlichen Erhöhung der Brotgetreideernte führte. Allerdings entfallen 285 000 t der Getreideeinfuhren auf Mais (600 Mill. S), der fast ausschließlich verfüttert wird. Diese Einfuhren sind also eine Voraussetzung für die inländische Viehhaltung, namentlich für Schweinemast und gesteigerte Milchgewinnung. Weitere 73 000 t (181 Mill. S) entfallen auf sonstige Futtermittel. Trotzdem fällt auf, daß 1937 rund 400 000 t Mais importiert werden mußten, so daß auch hier eine Besserung eingetreten ist.

DEUTSCHES BUNDES-ADRESSBUCH

DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT



2. Ausgabe - Das fehlte bisher: Ein vollständiges Verzeichnis der Adressen aller Gewerbetreibenden - Industrie, Handel, Gewerbe, Handwerk, freie Berufe - innerhalb der Orte nach Branchen gegliedert, die Orte zu Länderabschnitten zusammengefaßt

Den Gebrauchswert steigern: Der umfangreiche volkswirtschaftliche Teil, ein nach Branchen geordneter Anzeigenteil - Band I (Norddeutschland und Berlin West) sofort lieferbar - Anerkannt durch den Adreßbuch-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft



DEUTSCHER ADREßBUCH-VERLAG FÜR WIRTSCHAFTSVERKEHR GMBH DARMSTADT

MARKTORDNUNG

Es ist verständlich, daß die Landwirtschaft nach einem gewissen Schutz vor starken Preisschwankungen sucht, den man allerdings nicht in einer Senkung der Produktionskosten und damit in einer echten Produktivitätssteigerung und einer elastischen Wirtschaftsführung (wenn auch die Bemühungen um die Mechanisierung anerkannt werden müssen), sondern in der Schaffung einer umfassenden Marktordnung finden zu können glaubt. Es hat sich aber gezeigt, daß das vorgeschlagene dirigistische Landwirtschaftsgesetz aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht vom Bund, sondern von den Ländern erlassen werden müßte, deren jeweiliger Markt aber zu eng ist, um die Durchführung solcher besonderen Marktregelungen zu erlauben. Ein anderer Vorschlag geht daher dahin, Mindestpreise zu garantieren; das kann sich praktisch aber nur auf die Vieherzeugung beziehen (nur für Schweine bestehen Höchstpreise), da der Milchausgleichsfonds für einen einheitlichen Milchpreis sorgt und der Getreideausgleichsfonds dieselbe Funktion beim Brotgetreide ausübt.

In der letzten Zeit wird von einigen Kreisen lebhaft für die Übernahme des schwedischen Systems eingetreten, das die jährliche Übernahme einer bestimmten Mindestmenge zu garantierten Preisen vorsieht. Starke Eindruck macht aber vor allem die protektionistische Agrarpreisgesetzgebung in der Schweiz, mit der enge persönliche Verbindungen und ein entsprechender Meinungs-austausch bestehen. Man fordert in Österreich auch für die Landwirtschaft kostendeckende Preise und hat sie — wie es scheint, auch bei Getreide — im wesentlichen erreicht. Dieses System hat aber den offensichtlichen Nachteil, daß der Anreiz zur Produktionssteigerung fehlt, indem die Differenzierung der betrieblichen Voraussetzungen zu wenig beachtet wird und die Kostenrechnung zu sehr auf die Situation der Grenzbetriebe abgestellt ist, so daß kein Zwang zu besserer Leistung oder Kostensenkung besteht. Die niedrigen Steuersätze tun ein übriges, um keinen Zwang zur Kostensenkung aufkommen zu lassen. Hinzu kommen sehr erhebliche Subventionen, die es der Landwirtschaft ermöglichen sollen, zu günstigen Preisen zu verkaufen (bzw. einzukaufen), ohne daß der Konsument gezwungen ist, höhere Preise zu bezahlen.

Die Subventionierung der Landwirtschaft

| (in Mill. S) | | |
|---------------------|---------|---------|
| Position | 1953 | 1954 |
| Brotgetreide | 460,0 | 550,5 |
| Milch (Fett) | 71,0 | 260,0 |
| Futtermittelimport | 470,0 | 222,5 |
| Düngemittelimport | 107,5 | 84,0 |
| Viehabsatzförderung | — | 64,4 |
| Insgesamt | 1 108,5 | 1 181,4 |

Es ist klar, daß diese Subventionen eine ernste Gefahr für den Staatshaushalt darstellen, auch wenn sie bisher noch teilweise aus amerikanischen Mitteln gedeckt werden konnten. Die scheinbare Verbilligung der Lebenshaltungskosten wird ja durch erhöhte Steuern wieder aufgehoben, ohne daß die Landwirtschaft zu einer ähnlichen Steuerleistung herangezogen würde. Nicht zuletzt ist es ja auch durch die Vieh-

absatzförderung — verbunden mit mehreren dirigistischen Gesetzen (Mastpflicht für Brennereien usw.) — gelungen, den Sturz der Viehpreise aufzufangen.

Infolge der Kürzung der ERP-Mittel dürfte es aber auch schwierig sein, der Landwirtschaft künftig Subventionen im bisherigen Umfang zu gewähren. Das erscheint deswegen bedauerlich, weil die Mechanisierung noch bei weitem nicht abgeschlossen ist, obwohl der Bestand an Ackerschleppern von rund 800 im Jahre 1938 auf nunmehr 40 000 gestiegen ist und auch der übrige Maschinenpark dementsprechend ausgebaut worden ist. Aber der Stromverbrauch der Landwirtschaft beträgt erst 130 Mill. kWh jährlich, also nur rund 2% des Gesamtverbrauchs des Landes, und erscheint durchaus steigerungsfähig. Besondere Sorge läßt man den Bergbauern auch in der Technisierung angeheihen (Seilwinden und Seilbahnen). Wenn auch seine Erwerbsmöglichkeiten weiterhin recht beschränkt bleiben, so dürfen sie bei entsprechendem Vieh- und Holzabsatz doch nicht allzu pessimistisch beurteilt werden. Insgesamt wurden der Landwirtschaft bis Ende 1953 aus ERP-Mitteln 1 Mrd. S (10% aller Freigaben) und 85,7 Mill. \$ (15% der direct aid) freigegeben. Einigermaßen zuverlässige Schätzungen und Berechnungen über den Wert der österreichischen Agrarproduktion ergeben folgendes Bild für 1952:

Wert und Ertrag der Agrarproduktion 1952

(in Mill. S)

| Position | Wert |
|--|---------|
| Pflanzliche Produkte | 11 565 |
| Tierische Produkte | 9 685 |
| Forstwirtschaftliche Produkte | 2 161 |
| Gesamtwert | 23 411 |
| Aufwand der Betriebe | — 8 081 |
| Endrohertrag | 15 330 |
| Barbetriebsaufwendungen (Vorleistungen, Abschreibungen, aber ohne Löhne) | — 5 600 |
| Nettoproduktionswert | 9 730 |

Quelle: Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1952, Wien 1954.

Aus weiteren Überlegungen ergibt sich, daß die Lohnsumme des landwirtschaftlichen Arbeiters 1952 durchschnittlich 800 S monatlich (davon etwa die Hälfte in Naturalien) betrug, gegenüber 1150 S bei industriellen und gewerblichen Arbeitern.

PREISSITUATION

Bei den Preisforderungen der Landwirtschaft spielt auch in Österreich die Preisschere eine wichtige Rolle. Ihr Auseinanderklaffen zu ungunsten der Landwirtschaft kann nicht geleugnet werden. Aber es ist daran zu erinnern, daß seit dem Kriege überhaupt wesentliche Verschiebungen im Preisgefüge und in den Kosten eingetreten sind (so sind auch verschiedene Tarife — Bahn, Strom — aber auch die Beamtgehälter weit unter den Indexfaktoren zurückgeblieben). Andererseits ist die gewählte Basis (1937/38) insofern willkürlich, als es ja schwer zu sagen ist, wann und unter welchen Voraussetzungen Preisgleichheit zwischen Industrie und Landwirtschaft herrscht. Der protektionistische Kurs in Österreich, ähnlich auch in Deutschland, hat eine Stützung der Inlandsagrarpreise und deren Abschirmung vom Preisverfall auf den Weltmärkten vor dem Kriege bewirkt; hinzu kam noch 1938 eine großzügige Entschuldungsaktion der Landwirtschaft. Ein besonders gesteigerter Indexfaktor liegt

in der Landwirtschaft selbst, nämlich der Lohnindex von 1122%. Der Verfall der Viehpreise zu Beginn des Jahres 1953 hat tatsächlich die Schere weiter geöffnet, aber die jüngste Entwicklung (Steigen der Viehpreise, Holzkonjunktur) hat die Lage der Landwirtschaft wieder verbessert, wenn auch die Schere noch nicht geschlossen ist.

Entwicklung der Agrarpreise
(1937 = 100)

| Position | Gruppen- gewicht | Oktober 1952 | April 1953 | April 1954 |
|----------------------|---------------------|-----------------|---------------|---------------|
| Betriebsausgaben | 70 | 780 | 767 | 789 |
| Haushaltsausgaben | 16 | 838 | 832 | 843 |
| Investitionsausgaben | 14 | 820 | 815 | 819 |
| Gesamtausgaben | 100 | 795 | 785 | 802 |
| Betriebseinnahmen | — | 712 | 654 | 703 |
| Indextendifferenz | — | 83 | 131 | 99 |

Quelle: Paritätsspiegel der Land- und Forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft.

Abschließend sei der Standort umrissen, den die österreichischen Landwirte gegenüber europäischen und wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen beziehen — oder vielmehr beziehen müßten.

Sowohl als Mitglied der EZU als auch mit seiner seit Juni 1954 auf 75 % festgesetzten Liberalisierungsquote hat sich Österreich an den Vorarbeiten zur Integration Europas aktiv beteiligt, freilich nicht ohne den Widerstand der Agrarier, die namentlich billige Roggeneinfuhren und ein Gemüsedumping befürchten. Man bedachte dabei allerdings nicht, daß ja die Liberalisie-

rung nur gegenüber der EZU wirksam werden kann, so daß für solche Roggenlieferungen lediglich Frankreich mit seinen Kolonien in Frage käme. Im Gegensatz zum Weizen würde allerdings ein zum Weltmarktpreis gelieferter Roggen weit unter dem österreichischen Inlandspreis liegen. Es ist jedenfalls gelungen, auch die Einfuhr auf dem Ernährungsgebiet zu 75 % zu liberalisieren, aber es handelt sich dabei meist um Genußmittel (Kolonialwaren), Futtermittel und solche Nahrungsmittel, die kaum eine Konkurrenz sind (Reis, Seefische), oder industrielle Rohstoffe (Hopfen, tierische Fette). Die Hauptprodukte wie Weizen, Obst, Gemüse (wenigstens während der österreichischen Haupterntezeit), Wein, Kartoffeln und tierische Produkte blieben von der Liberalisierung ausgeschlossen, nur Roggen wurde liberalisiert. Man hat auch bei den Verhandlungen über den „grünen Pool“ gezeigt, daß man keineswegs auf den Schutz der eigenen Produktion verzichten will. Aber auf der anderen Seite hat die Liberalisierung der übrigen Staaten der österreichischen Landwirtschaft zu erheblichen Exporten verholfen, so bei Vieh und vor allem bei Holz (Exportwert 1953: 2,5 Mrd. S). Nur wird bedauert, daß Wein, von dem 750 000 — 1 Mill. hl geerntet werden, in Deutschland noch nicht liberalisiert ist. Daß man sich aber selbst gegen den italienischen (Südtiroler) Weinimport sträubt, zeigt, daß auch die Landwirtschaft in Österreich zwar die Integration Europas bejaht, sich aber über die Konsequenzen noch nicht voll im klaren ist.

Der Markt für landwirtschaftliche Maschinen in Frankreich

Alfred Frisch, Paris

Frankreich bietet in Westeuropa für den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen jeder Art mit die günstigsten Zukunftsmöglichkeiten. Die Landwirtschaft stellt dort ein Drittel der Erwerbsbevölkerung. Ihre Modernisierung läuft erst an, ihr Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen ist demnach ungewöhnlich hoch. Den Vorstellungen des staatlichen Planungsamtes entsprechend wurde der Bestand an Ackerschleppern von 30 000 Einheiten vor dem Kriege auf 200 000 Einheiten Ende 1952 gesteigert. Ende 1953 waren es schätzungsweise 235 000 Einheiten, d. h. unter Berücksichtigung der Weinbaumotorpflüge und der 10 000 in Traktoren umgebauten Automobile rund ein Ackerschlepper pro 85 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Auch die Landmaschinenindustrie hielt sich mit ihrer Kapazität im Rahmen der Richtlinien des Planungsamtes. Theoretisch könnte sie jährlich Maschinen und Geräte im Gesamtumfange von 400 000 t liefern. Sie nutzt jedoch ihre Kapazität nicht einmal zur Hälfte aus.

In die gesamte Landmaschinenindustrie einschließlich Ackerschlepper wurden seit Kriegsende bis Ende 1953 rund 17,5 Mrd. ffrs (auf Wertbasis von 1952) investiert, davon 17 % mittels öffentlicher Kredite. Der neue französische Modernisierungsplan sieht für landwirtschaftliche Maschinen bis zum Jahre 1957 eine Produktionssteigerung gegenüber 1952 um 65 % vor. Hierfür

wäre die Investition von 23 Mrd. ffrs erforderlich, d. h. jährlich eine Summe, die 9,1 % des Umsatzes entspricht. Als Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles wird neben einer fühlbaren Verbesserung der Kaufkraft der Bauern und einer großzügigen staatlichen Kreditpolitik eine Verringerung der Maschineneinfuhr genannt. In diesem Falle könnte bis 1957 die Erzeugung von Ackerschleppern verdoppelt werden, bei einer Produktionssteigerung bei Motorpflügen um 70 % und bei landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten um nur 10 %.

Diese ehrgeizigen Planungsziele stehen im Widerspruch mit den internen Schwierigkeiten der Industrie. Sowohl ihr struktureller Aufbau wie ihre Leistungsfähigkeit lassen stark zu wünschen übrig. Die Ackerschlepperindustrie, die zu 90 % nach dem Kriege entstand, leistete sich viele kostspielige Irrtümer. Sie spekulierte zunächst auf die völlige Ausschaltung der deutschen Konkurrenz. Außerdem kopierte sie ohne genügende technische Überlegungen deutsche Vorkriegsmodelle, die sich sehr schnell als überholt erwiesen. Der Verkauf wenig zweckmäßiger Schlepper mit hohen Betriebskosten in der ersten Nachkriegszeit ruinierte den Ruf der französischen Marken fast restlos. Zwar stieg die Gesamtproduktion von 16 000 Einheiten 1951 auf 26 100 Einheiten 1952 und auf 28 200 im Jahre 1953. Dieser Erfolg ist aber weitgehend drei